

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Er erscheint jeden Sonnabend.
Bierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 12 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
von
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Hilfs-Vorstand)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 40 Pf., Familienanz. 25 Pf.,
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 1720.

Nr. 79/80.

Berlin, Sonnabend, 6. Oktober 1917.

Neunundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Wichtige soziale Fragen im Hauptauschuss des Reichstages. — Mehr Heimarbeiterschutz. — Allgemeine Rundschau. — Aus dem Verbands.

Wichtige soziale Fragen im Hauptauschuss des Reichstages.

In seinen letzten Sitzungen hat der Hauptauschuss mehrere Beschlüsse gefasst, die von einschneidender Bedeutung für die minderbemittelte Bevölkerung, insbesondere für die Arbeiterklasse sind. Zunächst hat sich der Ausschuss dahin entschieden, daß die Unterstützung der Kriegserfamilien eine erhebliche Steigerung erfahren müsse. Die bisherigen Sätze sind in der Weise von ihm geändert worden, daß die Unterstützung für Kriegserfrauen von 20 auf 30 M. und diejenige für Kinder von 10 auf 15 M. heraufgesetzt wird. Außerdem sollen die Gemeinden verpflichtet werden, den örtlichen Verhältnissen angemessene Unterstützungszuschläge für die bedürftigen Kriegserfamilien zu gewähren. Damit wird einem in weitesten Kreisen des Volkes verbreiteten Wunsch Rechnung getragen; denn die Teuerungsverhältnisse sind namentlich in den letzten Monaten so erschreckend verschärft worden, daß mit den bisherigen Sätzen tatsächlich ein Auskommen für die Kriegserfamilien nicht mehr möglich war.

In einer weiteren Sitzung beschäftigte sich der Hauptauschuss mit den Renten der Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten. In der sehr ausgiebigen Aussprache wurde lebhaftest Klage darüber geführt, daß die bisher gewährten Unterstützungen zur Bestreitung der verteuerten Lebenshaltung nicht ausreichen. Insbesondere wurde von vielen Seiten gefordert, daß die Kriegserwitwen nicht schlechter gestellt werden dürften als die Kriegserfrauen. Dieser Grundlos wurde allgemein anerkannt, auch von den Vertretern der Seeresverwaltung. Im Zusammenhang damit kam auch die Kriegsbeschädigtenfürsorge zur Erörterung. Dabei wurden zahlreiche Beschwerden vorgebracht darüber, daß die an Kriegsbeschädigte gezahlten Renten, entgegen den gemachten Zusagen, vielfach zur Vohndrückerei benutzt werden. Alle diese Verhältnisse deuten darauf hin, daß es nicht angängig ist, die Erhöhung der Renten bis nach Beendigung des Krieges zu vertagen. Es müsse, so wurde gefordert, sofort eingeschritten werden, um der herrschenden Not Einhalt zu gebieten. Das Ergebnis der Debatten war die Annahme eines Antrages, in dem der Reichskanzler erjudt wird zu veranlassen, daß zunächst die Militärhinterbliebenenrenten wesentlich erhöht werden. Ferner soll der Reichskanzler erjudt werden, dafür zu sorgen, daß der Beschluß des Reichstages vom 2. Mai 1917, betreffend Erhöhung von Mannschafts- und Militärhinterbliebenenrenten schleunigst ausgeführt wird. Im Zusammenhang damit wurde endlich der Beschluß gefasst, den Reichskanzler zu ersuchen, den früher zugelassen Entwurf einer Abänderung des Mannschaftsverordnungs-Gesetzes, des Offizier-Pensionsgesetzes und des Militärhinterbliebenengesetzes dem Reichstag alsbald, spätestens zu Beginn des Jahres 1918, vorzulegen.

Diese Beschlüsse wurden vom Hauptauschuss einstimmig gefasst, so daß kein Zweifel besteht,

daß auch der Reichstag sie sich zu eigen machen wird. Andererseits hat auch die Militärverwaltung grundsätzlich ihre Zustimmung dazu zu erkennen gegeben. Damit besteht berechtigte Hoffnung, daß den herrschenden Nöten auf dem Gebiete der Hinterbliebenen- und Kriegsbeschädigtenfürsorge recht bald ein Ziel gesetzt wird.

Einen weiteren Gegenstand der Beratungen bildete die Gewährung von Beihilfen zur Ernährung Minderbemittelter. Bei dieser Gelegenheit wurde das wichtige Gebiet der Volksernährung eingehend erörtert. Namentlich forderten die Schwierigkeiten, denen die minderbemittelte Bevölkerung durch die Teuerungsverhältnisse ausgesetzt ist, zu scharfer Kritik heraus. Der Präsident des Kriegsernährungsamtes, Staatssekretär von Waldow, benutzte die Gelegenheit, die vom Kriegsernährungsamt getroffenen Maßnahmen eingehend zu schildern und zu rechtfertigen, und führte aus, daß die Preise für unsere wichtigsten Lebensmittel auf der Bundesratsverordnung vom 19. März beruhen, welche eine Umstellung der Preisverhältnisse zwischen tierischen und pflanzlichen Nahrungsmitteln in dem Sinne bringt, daß die Viehpreise gesenkt, die Preise für Brotgetreide und Kartoffeln aber erhöht, und die Hafer- und Gerstpreise den Brotgetreidepreisen angepasst werden. Durch diese Preisumstellung sollten die für die menschliche Ernährung notwendigen Früchte in höherer Maße diesem Zwecke gesichert und der Verfütterung an das Vieh entzogen werden. Da nun die Verbrauchswerte an Fleisch gegenüber den Verbrauchswerten an Brotgetreide und Kartoffeln erheblich zurückstehen, so wird die durch die Senkung der Fleischpreise erzielte Ersparnis durch den notwendigen Aufwand für Wehl, Brot und Kartoffeln überwogen. In Verbindung mit der inzwischen eingetretenen Steigerung der Preise für Milch und Speiseöl, Zucker, Löhne und Gemüse bedingte dies allerdings einen nicht unerheblichen Verbrauchswand für den Unterhalt einer Familie. Nun haben es die besonderen Verhältnisse des neuen Wirtschaftsjahres notwendig gemacht, die Gestehungspreise für Brotgetreide und Herbstkartoffeln noch mit gewissen außerordentlichen Unkosten zu belasten. Bei dem Brotgetreide sind es die Unkosten, die aus der Durchführung des Frühdrusches erwachsen, bei den Kartoffeln die sogenannten Schnelligkeitsprämien, durch welche die rechtzeitige Eindeckung des Winterbedarfs für die großen Bedarfsverbände gefördert werden soll. Diese Unkosten auf die Reichskasse zu übernehmen, ist das Reichsjahrsamt bereit. Die Reichsgetreidestelle kommt dadurch in die Lage, die Steigerung des Mehlprieses im neuen Wirtschaftsjahr von 9 Mark für den Doppelzentner auf 4,90 M. zu senken und damit den Preis, den die von ihr zu beliefernden Gemeindeverbände zu zahlen haben, den Preisen anzugleichen, den die selbstwirtschaftenden Gemeindeverbände nehmen müssen. Auf den Brotpreis würde dies eine Steigerung von 1 1/2 bis 2 Pfg. für das Pfund ausmachen, soweit nicht durch eine Verminderung der Spannung zwischen Wehl- und Brotpreis der Brotpreis noch weiter herabgemindert werden kann. In Ausführung des Reichstagsbeschlusses vom Mai hat das Kriegsernährungsamt bereits Vorkerbungen getroffen, damit die Erhöhung des Preises für Brotgetreide nicht zu einer ungerichtfertigen Erhöhung des Brotpreises benutzt wird. Bei den Kartoffeln hat die Abgeltung der Schnelligkeits-

prämien die Wirkung, daß eine Preissteigerung für den Verbraucher dadurch nicht eintritt. Gegen die Gewährung von Reichsmitteln zu einer Senkung der Preise der wichtigsten Lebensmittel für Minderbemittelte bestehen grundsätzliche und tatsächliche Bedenken. Grundtätliche insofern, als dadurch die Preisbildung innerlich unwahr wird und bei längerer Dauer ein unhaltbares Mißverhältnis zwischen Erzeugerpreisen und Verbraucherpreisen entsteht, das den Uebergang zur Friedenswirtschaft erschwert; tatsächliche Bedenken insofern, als die Gewährung bestimmter Zuschüsse zu einzelnen Lebensmitteln zu den größten Verschwendungen führen würde. Die Verbilligung der Reichsleischzulagen hat z. B. teilweise zu Vorkerbherauszahlungen geführt. Auch kann die Grenze, wie weit die Vergünstigung gewährt wird, nicht nach allgemeinen Normen, sondern nur örtlich richtig gefunden werden; ohne Individualisierung ist auch auf diesem Gebiete nicht auszukommen. Dies kann nur durch die Gemeinden geschehen, und das weist darauf hin, die Lösung der Frage auf dem Wege der Kriegswohlfahrtspflege zu suchen. Dieser Weg ist von einer Reihe von Gemeinden bereits mit Erfolg beschritten. In welchem Umfange für diese Aufgabe der Kriegswohlfahrtsfonds des Reiches zu verstärken sein wird, unterliegt zurzeit der Prüfung seitens der zuständigen Reichsämter, des Reichsamtes des Innern und des Reichsfinanzamtes.

Bezüglich der Kartoffelversorgung erklärte Herr v. Waldow, daß dieselbe gegenüber dem Frieden dadurch sehr erschwert sei, daß jetzt große Transporte von Diten nach Westen erfolgen müßten. Die geriaten hohen Kartoffelpreise in Pommern und Brandenburg seien vom 1. Oktober ab auf 5,50 M. je Zentner gesenkt worden. Eine Brotkredna mit Trockenkartoffeln, wie sie in den früheren Kriegsjahren üblich gewesen sei, könne erst ab 1. Februar erfolgen, da vorher nicht genügend Vorräte an Trockenpräparaten vorhanden sein würden. Wo eine Streckung mit Frischkartoffeln sich nicht durchführen lasse, solle die zur Streckung überwiegene Kartoffelmenge in Höhe von 1 1/2 Pfund pro Woche zur Erhöhung der Kartoffelration vermandt werden.

Schließlich wurden folgende Beschlüsse angenommen: Die verbündeten Regierungen sollen mit Rücksicht auf die fortgesetzte Steigerung der Preise aller Nahrungsmittel und aller Gebrauchsartikel erjudt werden, alle Anwendungen, die als besondere Vergütung (Frühdrusch- und Schnelligkeitsprämie) zu den Grundpreisen für die jeweilige Ablieferung von landwirtschaftlichen Produkten gewährt wurden, aus Mitteln des Reichs zu decken. Für die minderbemittelten Volksschichten soll eine Senkung der Preise für die wichtigsten Lebensmittel herbeigeführt werden. Die dadurch entstehenden Kosten sollen den Gemeinden aufgebürdet werden. Sofern nicht durch Preisauflagen für die Besserbemittelten ein Ausgleich herbeigeführt werden kann, sollen die Aufwendungen aus Reichsmitteln bestritten werden.

Ein weiterer sehr wichtiger Beschluß betrifft die Erhöhung der Invaliden-, Hinterbliebenen- und Anfallrenten. Schon in Friedenszeiten war die Höhe dieser Leistungen mit Recht Gegenstand lebhafter Kritik. Die Renten waren durchweg zu niedrig angesetzt und ihre Bezüher meist größter Not verfallen. Diese Nöten traten natürlich noch deutlicher

autage, als sich die furchtbare Kriegsteuerung bemerkbar machte. Die Wünsche auf Erhöhung der Renten haben bisher nur mancherhaftes oder gar kein Entgegenkommen gefunden. Inzwischen ist die Not so groß geworden, daß sich auch der Hauptauschuß einer Änderung der Verhältnisse nicht mehr zu verschließen vermochte. Zwar konnte sich der neue Unterstaatssekretär Dr. Schwander mit den von verschiedenen Seiten gemachten Vorschlägen nicht einverstanden erklären. Wenn man eine Erhöhung der Renten herbeiführen wolle, so komme man um eine Steigerung der Beiträge nicht herum. Diese aber könne in der Kriegszeit nicht durchgeführt werden. Andererseits seien die Versicherungsträger nicht in der Lage, aus den vorhandenen Mitteln die verlannten ungeheuren Mehrkosten zu zahlen. Das Ergebnis dieser Erörterungen war die Annahme eines Antrages, daß den Invalidenrentnern eine 50prozentige Erhöhung als Zuschuß aus dem Kriegswohlfahrtsfonds für die Jahre 1917 und 1918 zu gewähren ist. Für die Bezüher von Unfallrenten wurde die Rentensteigerung in der Weise geregelt, daß bei Teilrenten von 50 bis 75 % ein Zuschlag von 20 %, zu den höheren Unfallrenten sowie den Hinterbliebenenrenten ein Zuschlag von 33 % gewährt werden soll. Den Landesgesetzlichen Anwartschaftsrentnern soll in derselben Weise ein Zuschlag von 33 % eingeräumt werden.

Zwar erklärte Herr Dr. Schwander, daß er noch nicht in der Lage sei, im Namen der Regierung eine zustimmende Erklärung abzugeben. Trotzdem wollen wir hoffen, daß sich der Reichstag auch in dieser Frage auf den Boden der Beschlüsse seines Hauptauschusses stellt. Die Rentenempfänger befinden sich fast durchweg in einer noch viel schlimmeren Lage als die übrige Bevölkerung. Es wäre eine schreiende Ungerechtfährigkeit, wollte man sie trotzdem auf ihr bisheriges geringes Einkommen beschränken. Selbst mit den in Aussicht gestellten Zuschüssen können sie wahrlich keine großen Sprünge machen. Auch mit diesen wird bei ihnen die Not noch groß genug sein. Wenn man bedenkt, welche gewaltigen Anforderungen der Krieg an das Reich stellt, dann kann es auch nicht darauf ankommen, diesen Kernsten der Armen in ihrer Not eine verhältnismäßig geringe Unterstützung zuteil werden zu lassen. Wir geben also der Hoffnung Ausdruck, daß der Reichstag sich in all den erwähnten Fragen den Beschlüssen seines Ausschusses anschließt. Die Stimmung in Volke kann dadurch nur gehoben werden.

Mehr Heimarbeiterschutz

wird in einer Zuschrift an uns in eindringlichen Worten gefordert unter Hinweis, daß infolge der Wirkungen des Krieges die Zahl der Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen eine gewaltige Zunahme erfahren habe und auch in der Zukunft ein Anwachsen dieser Arbeiterkräft zu erwarten sei. Die sozialen Verhältnisse, so heißt es in der Zuschrift, werden dadurch zweifellos verschlechtert werden, das Unterbieten in den Löhnen wird umso stärker werden, je mehr Heimarbeiter und -Arbeiterinnen in ihrem Verdienst nur einen Zuschuß zu einer ihnen zustehenden Kriegszulage erblicken. Um gar zu schlimmen Mißständen vorzubeugen, muß endlich das Hausarbeitgesetz in Kraft gesetzt werden, das Ende des Jahres 1911 bereits von den gesetzgebenden Körperschaften verabschiedet wurde, aber lediglich auf dem Papiere steht, weil es an den erforderlichen Ausführungsbestimmungen fehlt. Man führt diesen eigenartigen Zustand auf den Widerstand gewisser Unternehmerkreise zurück, denen schon die im Gesetz vorgesehenen Sachausschüsse ein zu weites Entgegenkommen an die Arbeiterkräft, die bekanntlich Lohnämter forderte, bedeuten. Diese einseitige Rücksichtnahme auf das Unternehmertum wird umso weniger verstanden, als die Heeresverwaltung durch die rechtsverbindliche Festsetzung der Löhne für die von ihr vergebenden Arbeiten bereits bewiesen hat, daß solche Einrichtungen nicht nur möglich sind, sondern daß sie sich auch durchaus bewähren.

Aber die Lohnfrage ist es nicht allein, an der die Heimarbeiter ein Interesse haben, wenn sie auch letzten Endes ihre betriebligende Lösung als die Hauptsache ansehen. Noch andere Momente kommen für ihre wirtschaftliche Lage in Betracht, die dringend der sofortigen Erledigung harren. Durch die zahlreichen Kriegskranken, die in der Heimarbeit Unterschlupf gesucht haben, ist die Krankheitsgefahr gestiegen. Ein viel größerer Teil der Heimarbeiter als früher ist einer Erkrankung aus-

gesetzt. Was das bei der erheblichen Steigerung der Arztgebühren und der Preise für Medikamente und andere Heilmittel für die Heimarbeiter bedeutet, braucht nicht besonders geschilbert zu werden. Nun aber entbehren die Heimarbeiter zum größten Teil der Wohltat der Krankenversicherung und müssen bei einer Krankheit alle Aufwendungen aus der eigenen Tasche bezahlen. Da muß vieles, oft alles unterbleiben, was eine baldige Genesung herbeiführen kann. Nur verhältnismäßig wenige Gemeinden haben von der Befugnis, durch Ortsstatut die Hausgewerbetreibenden der Krankenversicherung zu unterstellen, Gebrauch gemacht. Die Ungleichheit auf diesem Gebiete ist dadurch, daß nicht beieinander liegende Orte verschieden vorgehen, so groß, daß oft die unglücklichsten Situationen herbeigeführt werden. Da wäre es doch, auch vom Standpunkte einer weitestgehenden Bevölkerungspolitik aus, dringend erwünscht, daß alle Heimarbeiter der Krankenversicherungspflicht unterworfen werden, und daß nicht hier eine solche bestet und dort dieselbe fehlt.

Freilich muß diese Versicherung auch vernünftig durchgeführt werden. Die bei Schaffung der Reichsversicherungsordnung beschlossene Ueberweisung der Hausgewerbetreibenden an die Landfrankenassen kann nicht beibehalten werden. Die seiner Zeit für diese Anordnung ins Feld geführten Gründe können nicht mehr als stichhaltig angesehen werden. Sie sind durch die Zeit und die Erfahrung längst als hinfällig erkannt worden. Wenn also, was dringend notwendig ist, die allgemeine Krankenversicherung für die Heimarbeiter wieder eingeführt wird, so müssen diese den allgemeinen Ortsfrankenassen einangegliedert werden. Da gehören sie hinein; das liegt auch im Interesse der Vereinfachung der Verwaltung der Landfrankenassen.

Soweit die Zuschrift, deren Inhalt wir durchaus uns zu eigen machen können. Wenn wir nicht sehr schlimmen Zuständen entgegengehen wollen, dann muß diesen Forderungen Rechnung getragen werden, die zum Teil auch seit Jahren schon von allen Arbeiterorganisationen, der Gesellschaft für Soziale Reform usw. vertreten worden sind. Es wäre auch verfehlt, die Lösung dieser Fragen bis nach Friedensschluß zu vertagen. Nein, niemals ist der Zeitpunkt dafür günstiger gewesen als jetzt, und die Not drängt zur Eile. Später werden sich jüwiele wichtige Angelegenheiten aufeinanderdrängen, daß eine hinter der anderen zurückstehen muß, und daß dabei die Heimarbeiter nicht zuerst berücksichtigt werden, erscheint nach den bisher gemachten Erfahrungen außer Zweifel.

Aber auch die Heimarbeiter sollen nicht alles Teil in der Hilfe der Gesetzgebung erblicken, sondern mehr als bisher selbst sich rühren und in der Organisation einen Rückhalt suchen. Damit war es bis jetzt noch sehr schlecht bestellt. Auf die Gründe dafür soll hier heute nicht näher eingegangen werden. Auch von denen, die unter dem Zwange der Verhältnisse jetzt ihre Zuflucht zur Heimarbeit genommen haben, wird ein Teil für die Bestrebungen der Organisation unzugänglich sein. Vorurteile und verkehrter Standesdünkel werden auch hier ihr verhängnisvolles Spiel treiben. Diesen Leuten, soweit sie einer besseren Erkenntnis nicht zugänglich sind, ist eben nicht zu helfen. Andererseits aber wird so mancher Kriegsbekämpfte, der vor seiner Einberufung einer Organisation angehört und ihren Wert für die Arbeiterkräft schätzen gelernt hat, jetzt in der Heimarbeit Beschäftigung gefunden haben. Sie müssen wieder für die Organisation erwärmt und in sie hineingezogen werden. Sie sind vielleicht auch die geeigneten Elemente, die auf Grund ihrer früher gemachten Erfahrungen Breche legen können in die Gleichgültigkeit und Verständnislosigkeit der breiten Schichten der Heimarbeiterschaft, die sich der Organisation gegenüber ablehnend verhalten haben. Bei ihnen gilt es den Hebel ansetzen, um sie nicht allein für die Organisation wiederzugewinnen, sondern auch aus ihnen eifrige Wortkämpfer zu machen. Sie bietet sich für diejenigen Gewerksvereine, deren Mitgliederkreis Heimarbeiter umfaßt, ein ergebnisreiches Betätigungsfeld. Mögen sie auf dem Posten sein, das es nicht nur von anderer Seite in Bearbeitung genommen wird!

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 5. Oktober 1917.

Die Anführung der preussischen Wahlrechtsvorlage. Die unter amtlichem Einfluß stehende „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ teilt mit, daß die Vorbereitung der Gesetzeswürfe, betreffend

Reform des Wahlrechts zum Hause der Abgeordneten sowie die Umgestaltung des Herrenhauses, nunmehr soweit gefördert sei, daß ihre Vorlage beim Abgeordnetenhause voraussichtlich Ende dieses oder Anfang nächsten Monats erfolgen wird.

Es darf also nunmehr mit Sicherheit mit der Reform des preussischen Wahlrechts gerechnet werden. Lange genug hat die Sache ja gedauert. Öffentlich bewährt sich nunmehr das alte Sprichwort: Was lange währt, wird gut!

Eine im höchsten Grade verwerfliche Propaganda treibt die neugegründete Deutsche Vaterlandspartei. Höhere Beamte mißbrauchen ihre Stellung, um ihre Untergebenen für den Eintritt in die Partei zu gewinnen. Auch große industrielle Werke nützen ihre wirtschaftliche Ueberlegenheit dazu aus, durch die Wermeister usw. die Anstellungen für die Vaterlandspartei zu gewinnen. Ein drastisches Beispiel dafür teilen wir an anderer Stelle aus Thale mit. Das ist ein grober Unfug, der nicht scharf genug gebandmarkt werden kann. Wie oft hat man nicht Arbeiter, die sonst tüchtiges geleistet haben, lediglich deswegen auf das Pflaster geworfen, weil sie für ihre Organisation im Betriebe zu werben suchten! Hier wird offenbar mit Zustimmung, vielleicht gar auf Geheiß der Betriebsleitungen eine politische Propaganda entfaltet, gegen die sich die Arbeiter oft noch nicht einmal wehren können, weil sie als Reklamierende den Mund halten zu müssen glauben. Die Arbeiterorganisationen können an dieser Erscheinung nicht gleichgültig vorübergehen, sondern müssen dazu Stellung nehmen. Deshalb wird auch die nächste Zentralratsitzung sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat August wird im „Reichsarbeitsblatt“ wiederum als sehr günstig gekennzeichnet. Auch im 37. Kriegsmontat, so heißt es da, zeigt sich die Kraft unvermindert, mit welcher der deutsche Wirtschaftskörper den hochgepanneten Anforderungen des Heeres und der Flotte genügt und gleichzeitig den auf sich selbst gestellten Innenmarkt, wo es nötig wird, auf immer neuen Wegen zu versorgen weiß. Die ruhige Stetigkeit, mit der die deutsche Landwirtschaft und Industrie ihre Aufgaben erfüllen, läßt dem Vormonat gegenüber kaum je eine wesentliche Veränderung erkennen; das aber dennoch ein beharrliches Aufstiegsstadium zeigt ein Bild auf den entsprechenden Monat des Vorjahres. Der August 1917 erweist, bei nur geringfügiger Änderung des Gesamtbildes dem Juli gegenüber, eine deutliche Steigerung der Leistung im Vergleich zum August des Vorjahres.

Im Bergbau und Süttenbetrieb gestaltete sich die Beschäftigung ebenso lebhaft wie im Vormonat. In der Eisen- und Metallindustrie machte sich stellenweise dem Juli d. J. gegenüber eine weitere Verbesserung der Tätigkeit bemerkbar. Hier wie im Maschinenbau trat teilweise ein Fortschritt dem Vorjahr gegenüber aufs deutlichste hervor. In der elektrischen Industrie lagen die Verhältnisse im ganzen ebenso günstig wie im Vormonat und vielfach noch günstiger als im Jahre zuvor. Die chemische Industrie zeigte auch dem August vorigen Jahres gegenüber zum Teil eine Verbesserung, die sich verschiedentlich auch schon im Vergleich zum Vormonat bemerkbar machte. In der Holzindustrie sind im allgemeinen keine wesentlichen Veränderungen dem Vormonat gegenüber festzustellen. Das gleiche gilt vom Spinnstoff- und Bekleidungsgerwebe. Auch für den Baumarkt war die Lage unverändert.

Die Nachweisungen der Frankenkassen ergeben für die am 1. September 1917 in Beschäftigung stehenden Mitglieder dem 1. August gegenüber insgesamt eine Zunahme um 33 841 oder um 0,44 v. H. gegenüber einer Abnahme der Beschäftigtenzahl um 0,14 v. H. bei der vorhergehenden Feststellung am 1. August d. J. Vor im Monat zuvor der Rückgang auf die Verminderung der männlichen Beschäftigtenzahl zurückzuführen, so ist dieses Mal eine schwache Zunahme der männlichen Beschäftigung festzustellen. Sie beträgt allerdings nur 7892 oder 0,21 v. H.; im Vormonat stand dieser Zunahme aber eine Verminderung um 20 000 oder um 0,49 v. H. gegenüber. Die weibliche Beschäftigtenzahl ist am 1. September dem Vormonat gegenüber um 25 949 oder um 0,66 v. H. gestiegen, während sie im Monat zuvor sich nur um 0,20 v. H. erhöht hatte. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Gesamtzunahme der beschäftigten Frankenkassenmitglieder eine nicht unerheblich höhere;

sie stellte sich am 1. September 1916 nur auf 0,06 v. S., weil damals die männlichen Beschäftigten einen Rückgang um 0,50 v. S. erfahren hatten. Beim weiblichen Geschlecht hatte sich allerdings die Zunahme ebenso hoch wie in diesem Jahre gestellt. Bei der Beurteilung der Bewegung der männlichen Beschäftigtenzahl muß berücksichtigt werden, daß die Kriegsgefangenenarbeit in den Ergebnissen der Krankenkassenstatistik nicht enthalten ist.

Nach den Feststellungen von 31 Fachverbänden, die für 978 460 Mitglieder berichteten, betrug die Arbeitslosenzahl Ende August 7811. Es sind das 0,8 v. S. Da auch Ende Juli 1917

die Arbeitslosenziffer 0,8 v. S. betrug, so zeigt sich dem Vormonat gegenüber keinerlei Veränderung in der Gestaltung der Arbeitslosigkeit. Im Vergleich zum August der drei vorhergehenden Jahre ist aber eine wesentliche Verminderung der Arbeitslosigkeit festzustellen, denn im August 1916 stellte sich die Arbeitslosenziffer auf 2,2, im August 1915 auf 2,6 v. S. und im ersten Kriegsmonat, im August 1914, auf 22,4 v. S.

Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt im Berichtsmonat für das männliche Geschlecht ein allerdings nur schwaches Steigen des Andranges der Arbeitssuchenden erkennen, während er für

das weibliche Geschlecht etwas lebhafter anstieg. Im August kamen auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 49 Arbeitssuchende (gegenüber 47 im Vormonat); beim weiblichen Geschlecht stieg die Andrangsziffer im Juli von 83 auf 86.

Die Berichte der Arbeitsnachweisverbände über die Beschäftigung im August lassen für Westpreußen, Schlesien, Berlin-Brandenburg, für die Thüringischen Staaten, für Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Bremen wie für Hessen-Rhassau, Hessen und Baden im allgemeinen keine wesentliche Veränderung er-

Denk an die Zukunft Deiner Kinder! Zeichne Kriegsanleihe!



Siff' Deinen Köhnen u. Brüdern im Felde! Zeichne Kriegsanleihe!

Zur Herbeiführung eines ehrenvollen Friedens werden die gewaltigen Ergebnisse der Kriegs-Anleihen ebenso in die Waagschale fallen, wie unsere durch das Schwert errungenen großen Erfolge ---
Darum zeichne!

kennen. In Provinz Sachsen und im Herzogtum Anhalt ist die Nachfrage nach männlichen wie weiblichen Arbeitskräften weiterhin gestiegen. Für das Königreich Sachsen wird gegen den Monat Juli eine Zunahme der Vermittlungsziffer der Arbeitsnachweise, namentlich bei ungelernen Arbeitern und Frauen, gemeldet. In Hamburg hat sich, während das Angebot weiblicher Arbeitskräfte eine Verringerung erfuhr, bei den männlichen Arbeitssuchenden eine Zunahme gezeigt. Auch in Württemberg hat die Zahl der arbeitssuchenden Personen zugenommen. In Westfalen ist dem Vormonat gegenüber auf

dem männlichen Arbeitsmarkt ein Rückgang der Zahl der Arbeitssuchenden wie der vermittelten Stellen festzustellen, und auch auf dem weiblichen Arbeitsmarkt ist eine Verringerung der Arbeitssuchenden wie der offenen Stellen eingetreten. Im Rheinland machte sich eine gewisse Erleichterung der Arbeitsmarktlage bemerkbar.

* * *

Eine Neugründung auf dem Gebiete der Jugendfürsorge. Auf Anregung und unter Führung des Wirklichen Geheimen Admiralitätsrats Dr. F e l i x sind in Anknüpfung an dessen Eintreten für ein zu schaffendes Reichsjugend-

geheh Schritte zur Begründung eines „Hauptauschusses für Jugendpolitik“ in die Wege geleitet, der sich bereits mit der Aufforderung zur Schaffung von Ortsauschüssen an die breiteste Öffentlichkeit gewandt hat. Die auf dem Gebiete der Jugendfürsorge und der Jugendpflege bisher tätigen und bewährten Organisationen: der Deutsche Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit, die Zentralstelle für Volkswohlfahrt, das Archiv Deutscher Berufsvoormünder nehmen gegen eine solche Neugründung öffentlich Stellung. Sie erblicken darin eine schädliche Zersplitterung der Kräfte und Mittel und begen die

Befürchtung, daß dadurch lediglich Verwirrung in die beteiligten Kreise hineingetragen werden dürfte. In einer kürzlich von der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge, Abteilung Deutsches Reich, zur Besprechung der Angelegenheit einberufene Sitzung haben sich auch die Vertreter einer Reihe weiterer Fürsorgeorganisationen, so des Allgemeinen Fürsorgeerziehungstages, des Caritasverbandes für das katholische Deutschland u. a. diesem Protest angeschlossen.

Die Kohlenpreise sind abermals mit Genehmigung des Handelsministers erhöht worden und die Verbraucher haben eine Last mehr zu tragen, obwohl ihre Schultern durch die ständige Aufwärtsbewegung aller Preise, mit der die mehr oder weniger kümmerlichen Teuerungszulagen und Lohnerhöhungen durchaus nicht Schritt halten, hinreichend belastet sind. Vom Standpunkte der Bekehrten ist der Zeitpunkt für eine Preissteigerung ja gar nicht schlecht gewählt, denn noch größer als die Sorge um die wachsenden Preise ist die Sorge um die Beschaffung der notwendigen Brennstoffe überhaupt. Allen Anschein nach sehen wir uns bei der jetzigen Erhöhung vor eine vollendete Tatsache gestellt, an der nichts mehr zu ändern ist. Umomehr erwarten die Verbraucher, daß sie die Folgen des beliebigen Produktionsanreizes durch Zuteilung halbwegs genügender Kohlenmengen zu spüren bekommen und daß bei künftigen Erhöhungen nicht nur die Interessen der Produzenten, sondern auch die der Konsumenten eine Rolle spielen.

Freiheit, die sie meinen. In Bern findet zurzeit eine internationale Gewerkschaftstagung statt. Die Konferenz ist seit langer Zeit vorbereitet, und man hatte geglaubt, daß auch aus den feindlichen Ländern Abgeordnete erscheinen würden, weil es sich lediglich um die Förderung gewerkschaftlicher Fragen handelt. Jetzt sind nur Vertreter aus Holland, Deutschland, Oesterreich-Ungarn, der Schweiz, Norwegen, Schweden und Dänemark gekommen, das heißt also von den Mittelmächten und aus neutralen Ländern. Die feindlichen Mächte dagegen haben ihren Angehörigen verboten, an der Konferenz in Bern teilzunehmen. Ja noch mehr, auch den Neutralen haben sie es zum Teil unmöglich gemacht, in Bern vertreten zu sein. Den eigenen Landesleuten hat die französische Regierung die Pässe verweigert. England hat schon vorher erklärt, daß es keine Pässe ausstellen werde, und Spanien wiederum hatte die Ausstellung von Pässen davon abhängig gemacht, daß England solche gewähre. Nun haben auch die Italiener fernbleiben müssen.

Der Zweck der Konferenz ist dadurch natürlich vereitelt. Es verdient aber hervorgehoben zu werden, daß England, Frankreich und Italien, die doch angeblich für die Freiheit kämpfen und diese Freiheit auch dem deutschen Volke bringen wollten, daß sie, die sich so gern ihrer Demokratie rühmen und mit Deutschland keinen Frieden schließen wollen, weil es ihnen angeblich nicht demokratisch genug verwaltet wird, in einer Weise vorgehen, die der früheren Zarenherrschaft in Rußland alle Ehre gemacht hätte. Die Freiheit und die Demokratie, die sie dem deutschen Volke bringen würden, wären nur Ferkelbilder, für die wir uns als deutsche Arbeiter bestens bedanken müßten.

Die Frauennarbeit im Bergbau unter Tage ist bekanntlich verboten. Verjude, sie entgegen allen gesundheitlichen und sittlichen Rücksichten, trotzdem zur Einführung zu bringen, sind auf den entschiedenen Widerspruch der organisierten Arbeiterschaft zurückgewiesen worden. Dennoch werden neuerdings, wenn auch nur vereinzelt, Frauen in geschlossenen Maschinenbetrieben unter Tage beschäftigt. Diese befremdliche Tatsache wird damit zu entschuldigen versucht, daß es sich nicht um „eigentliche Bergwerksarbeit unter Tage“, sondern um „Fabrikarbeit unter Tage“ handle; denn es sei eine Fabrikarbeit, die zufälligerweise nicht in einer im Freien liegenden Fabrik stattfindet; es sei genau dasselbe, als wenn die Frauen im Keller einer Fabrik arbeiten. Der von den Bergarbeiterorganisationen gegen diese sonderbare Auffassung erhobene Widerspruch hat leider bisher noch keinen Erfolg gehabt.

Aber auch bei der oberirdischen Tätigkeit der Frauen im Bergbau handelt es sich keineswegs um leichte Beschäftigungen, sondern oft um recht schwere körperliche Verrichtungen wie Transport, Aus- und Beladen, Ausfortieren des Materials an den Förderbändern, Aufräumungs- und Reinigungsarbeiten. Dabei ist die Zahl der Frauen im steten Wachsen begriffen. Nach der amtlichen Lohnstatistik, die in Preußen etwa 70 v. S. erfaßt, waren Frauen im Bergbau beschäftigt:

im 2. Vierteljahr 1914:	7 305
„ 2. „ 1915:	10 223
„ 2. „ 1916:	31 010
„ 1. „ 1917:	40 842

Besonders auffällig ist, wie die „Soz. Prot.“ hervorhebt, die Steigerung im Ruhrgebiet; das im zweiten Vierteljahr 1915 noch keine Frauen aufwies, während im ersten Vierteljahr 1917 15 184 Frauen beschäftigt wurden. In Ober-Schlesien stieg die Zahl der beschäftigten Frauen im gleichen Zeitraum von 5785 auf 12 868. Insgesamt ist die Zahl der Arbeiterinnen im Bergbau um 467 Prozent gestiegen. Sie betrug im vierten Vierteljahr 1916 6 1/2 Prozent der Gesamtbelegschaft.

An der Schwelle des Erfolges. Das deutsche Volk ist eifrig am Werk, um den Erfolg der siebenten Kriegsanleihe zu einem durchschlagenden zu gestalten. Alle Kreise, ob reich oder arm, ob hoch oder niedrig, alle weitestens miteinander, jeder will an seinem Teil das Höchste zum Erfolge beitragen. Dieser alle Wetteifer ist eine unbedingt vaterländische Notwendigkeit. Diesmal darf keiner zurückbleiben, weder in der Mitarbeit noch an der Zeichnung von Kriegsanleihe selbst. Die Pflicht und die wohlbestandenen Interessen des Landes gebieten dieses jedem Deutschen auch dringendste. Der finanzielle Zusammenbruch Deutschlands, das ist's worauf England und seine Trabanten hoffen. Diese Hoffnung muß aufzuheben werden. Denn was erwarten diejenigen, die Deutschlands Grenzen mit ihrem Leib und Leben schützen? Sie erwarten, daß ihnen mit einem vollen Zeichnungserfolg der siebenten deutschen Kriegsanleihe der Mut ungebrochen erhalten bleibt; daß ihnen Munition und Waffen in immer gewaltigeren Mengen zugeführt werden kann; daß sie der Uebermacht der Feinde nicht nur wirksam trocken, sondern sie auch erfolgreich schlagen können. Das ist der Wunsch der Feldgrauen, unserer U-Bootleute und unserer Flieger.

Unsere Gelden zu Land, zu Wasser und in der Luft erwarten aber noch mehr. Sie fordern von der Heimat, daß diese den Krieg abzurufen hilft. Aber nicht, wie frivol törichtes Geschwätz behauptet, durch Nichtzeichnen von Kriegsanleihe. Nur wirkliche Taten können zu der Ansicht gelangen, daß durch Zeichnen von Kriegsanleihe der Krieg verlängert werde. Was tut der deutsche Soldat, wenn er durch blutige Schrift seine Unbegreiflichkeit den Feinden auf den Rücken schreibt? Er zeigt ihnen damit die Hoffnungslosigkeit ihres Beginns, ihn überwinden zu können. Das verkürzt den Krieg. Und so auch das Zeichnen von Kriegsanleihe. Wer nicht zeichnet, verlängert ihn, weil er das Vertrauen der Feinde stärkt. So ist jeder deutsche Soldat eine flammende Mahnung an die Heimat zur Erfüllung der Pflicht.

Es soll dieses Mal aber auch keiner zurückstehen brauchen. Auch der nicht, der gern zum Erfolge beitragen möchte, aber schweren Herzens erkennen mußte, daß er nicht die Mittel zur geringsten Zeichnungssumme von 100 Mk. besaß.

In weitaussehender Weise hat die gemeinnützige Deutsche Volksversicherung diesem Umstand Rechnung getragen. Sie ermöglicht es auch dem Ärmsten, durch ihre Kriegsanleiheversicherung dem Vaterlande in der Stunde der Gefahr den besten Dienst zu leisten. Diese Gelegenheit gilt's zu nützen.

Das deutsche Volk steht an der Schwelle des Erfolges der siebenten Kriegsanleihe. Daß er ein glänzender werde, dazu trage jeder bei.

Sparfassen und Kriegsanleihe. Wie der „Sparfasse“ zu entnehmen ist, haben die Zugänge zu den Sparfassen im Laufe des Jahres 1917 eine starke Steigerung erfahren, so daß erwartet werden kann, daß auch die kleinen Sparer mit ihren Guthaben sich ebenso zahlreich wie früher an der 7. Kriegsanleihe beteiligen werden. Der Zuwachs der städtischen Sparfassen betrug nach der von der „Sparfasse“ aufgestellten Statistik:

	1917	1916
	Mill. Mark	Mill. Mark
Januar	600	500
Februar	300	300
März	160	140
April	300	275
Mai	300	250
Juni	200	110
Juli	300	255
zusammen 2100		1830

Die Zugänge zu den deutschen Sparfassen haben also die zweite Milliarde erheblich über-

schritten, und was noch bemerkenswerter ist, sie sind nach obiger Statistik im ersten Halbjahr ganz erheblich höher als im Jahre 1916. Wenn man bedenkt, daß bei den früheren Kriegsanleihen gerade aus den Sparfassenbeträgen städtische Summen gezeichnet worden sind, so kann man annehmen, daß diesmal nach dieser Richtung hin der neuen Kriegsanleihe ein besonders guter Erfolg in Aussicht steht.

Aus dem Verbands.

Thale a. S. Eine neue Art der Arbeiterbewegung ist neuerdings hier im Gange. Früher beschränkte man sich darauf, auf die Arbeiter gewerkschaftlich einen Zwang auszuüben, indem man sie in geistige Vereine einführte, jetzt versucht man es auch politisch. National handelt es sich um die neue „Deutsche Vaterlandspartei“. Auf dem hiesigen Eisenhüttenwerk Thale sind Arbeiter und sonstige Vorgesetzte im Betriebe an die Arbeiter mit Listen herangetreten, um sie zur Unterschrift für die neue Partei zu veranlassen. Da die Leitung des Werkes wohl annimmt, daß die geleisteten Unterschriften rechtwillig gegeben worden sind? Denn daß die Leitung von dem Vorgehen ihrer Angestellten unterrichtet ist, dürfte zweifellos sein; sonst würde man sich eine derartige Agitation kaum erlauben. Angehört eines solchen Vorgehens ist wohl die Frage berechtigt: Wenn die Arbeiter für irgend eine politische Partei sich in ähnlicher Weise ins Zeug legen würden, was würde wohl mit ihnen geschehen? Und hier wird die wirtschaftliche Liebeserklärung in dieser Weise ausgesüßet. Wahrlich, schlecht muß es um eine Sache bestellt sein, die zu ihrer Förderung derartiger Werbemittel bedarf. Den Arbeitern aber kann nur geraten werden, die Unterschrift rundweg abzulehnen. Die Firma wird sich in der jetzigen Zeit hüten, lieblich wegen Verweigerung derselben einen Arbeiter zu entlassen. Und tut sie es trotzdem, nun, so wird darüber ein ernstes Wortchen mit ihr zu reden sein.

Weisenfels a. S. Auf Einladung unseres Ortsverbandes fand hier am 23. September eine Zusammenkunft der umliegenden Ortsverbände statt. Der auch von Halle, Leipzig, Merseburg, Hohennässa, Jena, Erfurt und Zeitz Folge geleistet worden war. Als Redner war Herr K. H. P. Berlin, Geschäftsführer des Bundes deutscher Bodenreformer, erschienen, der vom Vorsitzenden, Kollegen Geyer, herzlich begrüßt wurde. Sein Vortrag behandelte das Thema: „Kriegsheimstätten und Arbeiterschaft“. In gründlichen und einleuchtenden Darlegungen gab der Redner eine Schilderung von dem Zustand des gegenwärtigen Wohnungswesens und führte den Nachweis, daß die durch die Bodenspekulation hervorgerufenen wucherartigen Preissteigerungen sicherlich zu einer Wohnungsnot führen müßten. Er wies auf die Vorgänge hin die sich nach dem Kriege 1870/71 in Berlin und andern Großstädten abgepielt haben und verlangte, daß der Wiederholung solcher Zustände unbedingt vorgebeugt werden müsse. Das deutsche Volk sei es den Feldgrauen schuldig, daß, wenn sie aus den Schützengraben in die Heimat zurückkehren, Wohnungen vorfinden, in denen sie sich mit ihren Familien wohlfühlen können. Dazu sei die Schaffung eines Kriegsheimstättenwesens erforderlich. An die anwesenden Ortsverbandsvertreter richtete der Redner die Mahnung, durch Beitritt zum Bunde der deutschen Bodenreformer die Kriegsheimstättenbewegung energisch zu fördern.

In den lehrreichen Vortrag, der mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde, knüpfte sich eine rege Aussprache, in der alle Redner sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärten. In einer längeren Entschließung wurde dieser Stimmung auch Ausdruck gegeben. Am weiteren Verlauf der Versammlung wurde der Wunsch ausgesprochen, daß derartige Zusammenkünfte öfter abgehalten werden müßten, weil darin ein wertvolles Mittel zur Förderung der Agitation zu erblicken sei. Als nächster Tagungsort wurde Halle in Aussicht genommen. Die dortigen Vertreter erklärten sich bereit, die nötigen Vorbereitungen zu treffen, damit im I. Quartal des nächsten Jahres in Halle eine ähnliche Zusammenkunft stattfinden kann. Nach anfeuernden Worten und lehrreichen Hinweisen für die weitere Tätigkeit trennten sich die Anwesenden in dem freundlichen Bewußtsein, Erspriechliches für den Zusammenhalt und die Förderung der Gewerkschaften geleistet zu haben. A. Sch.

Versammlungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerksvereine. Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine (S. D.). Jeden 1. Mittwoch im Monat. Nächste Zusammenkunft am Mittwoch, 7. Nov., ab 8 1/2 Uhr. — Anstaltsgewerksverein Groß-Berlin (O. B.). Sitzung jeden 2. u. 4. Dienstag im Monat, abends 8 Uhr, im „Sport-Resaurant, Dierckensstraße 1“. Die nächsten anderen Dienstag Sitzung, Köpenickerstraße 88 bei Gerold. Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin III. Sonntag, den 6. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung im Nordwest-Casino, Alt-Moabit 65. Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin XIII. Abends 8 1/2 Uhr Versammlung, Schönhauser Allee 67. Tagesordnung dabei ist:

Änderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis. Hamburg. (Orts.) R. Wolnonski, Schriftführer. März/April 22.